

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerschrift: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer 25 241
Nur für Nachdruck: 20011

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Auslieferung monatlich M. 30.—, oder durch die Post bei täglich zweimaliger Auslieferung monatlich M. 32.—, außerhalb Dresdens M. 35.—, Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 1spaltige An- und Verkäufe 25 %, Nachschlag, Vorzugsspalte laut Tarif, Auswärtige Aufträge gegen Vorauszahlung, Einzelnummern M. 2.—, Sonntagsausgabe M. 3.—

Verantwortung und Hauptgeschäftsstelle:
Mertenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Meybach & Meißner in Dresden.
Postfach-Nr. 1058 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Ernste Worte des Reichskanzlers.

Widerlegung der Behauptungen Poincarés.

Berlin, 16. August. Reichskanzler Dr. Brüning erklärte heute Abend vor einer Anzahl Vertretern ausländischer Botschaften über den Stand des Reparationsproblems folgendes: Die Konferenz in London sei unter Umständen zu Ende gegangen, die noch größere Unsicherheit in der europäischen Lage zurückzuführen, als vorher bestand. Vor der ersten Drohnote, der französischen Note vom 26. Juli 1922, hätte der Dollar noch auf 450 gestanden, sei nachher bis auf 800 gestiegen. Nach der zweiten Drohnote vom 5. August 1922 sei er auf fast 900, und nach dem Abbruch der Londoner Konferenz auf 1050 gestiegen.

Die Folgen des Marksturzes für Deutschland seien Vernichtung des Betriebskapitals der deutschen Industrie, Erlahmung der Produktion, weitere Verelendung breiter Volksschichten, Verfall des Budgetgleichgewichts, Abverkung der nötigen Lebensmittel- und Rohstoffzufuhr, Ausverkauf der Lagerbestände, Hungersnot, Verzweiflungsausbrüche der Massen und Unterhöhlung jeder Regierungsautorität. Mit der Beschuldigung, daß angeht dieser Folgen eine Regierung oder die Führer der Privatwirtschaft auf den Sturz der Mark hinarbeiten sollten, werde Poincaré seinen Monarchen finden. Kein wahres Wort sei auch an seiner Behauptung, daß Deutschland der

Tschecho-Slowakei eine Anleihe von 4 Milliarden Mark angeboten habe. Weder von der Regierung, noch von den Banken sei ein solches Angebot gemacht worden. Die Unrichtigkeit dieser Behauptung ergebe sich aus der Kapitalknappheit Deutschlands, die in der Diskontierung durch die Reichsbank ihren Ausdruck finde. Unwahr sei, daß Deutschland Banken in Dänemark und Rumänien gegründet habe, um den Verkauf der Mark im Ausland zu erleichtern. Nur in Holland hätte sich die deutsche Finanzwelt an einigen Bankunternehmungen beteiligt, weil der Zwang vorgelegen habe, nach dem Kriege den Anschlag an die internationale Wirtschaft wieder herzustellen. Gegenüber der Behauptung Poincarés, Frankreich brauche eine Beteiligung von 60 Prozent an der deutschen chemischen Industrie, um die

Herstellung von astringen Gasen zu verhindern, weise die deutsche Regierung darauf hin, daß die durch den Friedensvertrag vorgesehene Kontrollmöglichkeit von den alliierten Mächten mehr als genügend ausgeübt würden. Poincaré wolle nur unter diesem Vorwand in die Geschäftsverfahren der deutschen Industrie eindringen und ihre Konkurrenz beseitigen. In diesem Zwecke greife er auch das sonst so heilig gepriesene Privateigentum an, dessen Nichtanerkennung man anderen Ländern als Verbrechen gegen die europäische Zivilisation anrechne. Heute sei die Mark auf ein Zweihunderttausendstel ihres Friedenswertes gesunken. Dadurch seien

Ankäufe ausländischer Zahlungsmittel auf dem Devisenmarkt für Verzehrungen an die Alliierten unmöglich. Hätte London zu vernünftigen Ergebnissen und dem notwendigen Moratorium geführt, so hände der Dollar vielleicht wieder auf 400 oder 500 und das Vertrauen der Welt zu der Kreditfähigkeit Deutschlands wäre wieder teilweise hergestellt. So aber sei zunächst die internationale Anleihe zerfallen, die allein Frankreich schnell hätte Darmittel bringen können und Frankreich liehe dieses Ziel selbstverständlich immer weiter hinaus. Noch einmal habe Poincaré den Beweis erbracht, daß mit Drohungen und wirtschaftlicher Vernichtung das ganze europäische Problem nicht gelöst werden könne. Poincaré gebe es nur einen Weg, auf den Rathenau in Genoa hinwies, nämlich die Freie und autwillige Verkündigung von Volk zu Volk.

Mancher von Ihnen, fuhr der Reichskanzler fort, wird Zeuge jener demütigenden Sitzung in Genoa gewesen sein, wo mein verehrter Freund, der Minister Rathenau, zu den großen weltpolitischen Fragen Stellung nahm. Die Rede wird vielleicht von der gesamten Welt erst dann richtig gewürdigt werden, wenn es für Europa zu spät ist. Selbst Herr Barthou konnte sich der allgemeinen Zustimmung damals nicht enthalten. Die Gedankengänge Rathenaus, der insbesondere das Problem der internationalen Verschuldung aufdeckte, waren derart, daß alle Völker ihm zustimmen mußten. Aber wie ist sein Ruf nach Frieden aufgenommen worden? Seit Monaten hält der französische Ministerpräsident Rede auf Rede, eine drohender und verlegender als die andere. Und die französische Politik beanagt sich nicht mit Worten, sie verhängt Retoriken, die das deutsche Volk bis in die tiefsten Tiefen erschüttern. Hunderte werden als Bettler auf die Straße getrieben, darunter Greise, die jahrzehntelang in Elend-Bohringen gearbeitet haben. Man kann in der Geschichte der europäischen Völker weit zurückgehen, um ähnliches zu finden. Hunderte stürzen davon, ähnlichen Schicksal zu verfallen.

Das ist kein Frieden, das ist die Fortsetzung des Krieges, und zwar gegen Wehrlose.

Die Ausweigungen bringen eine Unruhe in das deutsche Volk, die nur noch überholt wird durch die allgemeine Aufregung, die der Sturz der Mark heraufbeschworen hat. Eine unheuer nervöse Unruhe hat das ganze Volk erfasst.

Ich richte an alle Kreise des deutschen Volkes die erste Mahnung, dieser Nervosität nicht nachzugeben. Der naheliegende Vergleich mit Oesterreich hilft insofern, als es dort nur ein einziges derartiges gewaltiges Zentrum der Menschenanhäufung, nämlich Wien, gibt, wie wir solche in großer Zahl haben. Und wie schwer war es dort, die staatliche Autorität aufrecht zu erhalten. Eine gleiche Entwicklung würde bei uns ganz andere politische und soziale Auswirkungen haben.

Ich kann mir ein Weiterleben des deutschen Volkes im Rahmen unserer staatlichen Ordnung bei völlig entwerteter Valuta schwer denken.

Das war die große Aufgabe des deutschen Volkes nach der Kriegskatastrophe, daß wir versucht haben, auf Grund einer neuen wahrhaft demokratischen Verfassung ein neues staat-

liches Leben aufzubauen. Indem Deutschland das vollbrachte, hat das demokratische Deutschland Europa einen geschichtlichen Dienst erwiesen, der besonders in den westlichen Demokratien nicht verkannt werden kann. Aber ich frage Sie, welche Anerkennung hat die deutsche Demokratie von außen erfahren? Gewiß, die Erkenntnis, daß das Reparationsproblem ein Weltproblem darstellt, hat besonders in der angelsächsischen Welt und in Italien große Fortschritte gemacht. Allein, wenn aus dieser Erkenntnis keine politischen Folgerungen gezogen werden, acht es, wie es Deutschland im Kriege gegangen ist: Man kommt zu spät und kann die soziale Katastrophe für Europa nicht mehr abwenden. Nicht man denn in Frankreich nicht ein, daß für jeden nüchternen Beurteiler die Tatsache steht, daß Deutschland keine Goldzulagen leisten kann? Noch einmal haben wir zehn Millionen Goldmark aufgebracht. Schon diese gehen uns ab in dem dringenden Bedarf für die Einfuhr von Getreide. Die deutsche Regierung hat die Pflicht, zu sagen, daß das deutsche Volk Brot braucht für das Späthjahr und den schweren Winter. Ich verweise auch auf die

Folgen der Geldentwertung für die Durchführung der Getreidemenge. So zerbricht alles in unseren Händen, was wir politisch, staatlich und sozial geschaffen haben. Ich frage Sie, wie kann das Staatsgefühl Wurzel fassen im Herzen des Volkes, wenn der Staat nicht mehr in der Lage ist, ihm das tägliche Brot zu angemessenen Preisen zu geben? Ganze Klassen des Volkes versinken in Elend und Verzweiflung. Wir stehen vor einer großen Katastrophe der europäischen Kultur, wenn man ihre Lebensquellen versiegen läßt. Frankreich gewinnt aus seiner Politik nichts, denn es macht Deutschland nur reparationsunfähig. Auf die Unmöglichkeit der Goldleistungen muß naturgemäß die Unmöglichkeit der Sachleistungen folgen, die einem zerbrochenen Wirtschaftskörper nicht auf die Dauer entzogen werden können. Ich appelliere nicht an Ihre Sentimentalität, aber es ist etwas Gewaltiges im Staatsleben, inmitten eines Volkes zu stehen und zerrinnen zu sehen, was an politischer Arbeit aufgewandt wurde. Die Aufgabe der nächsten Politik in Deutschland ist die Sicherung der staatlichen Ordnung. In dieser staatlichen Ordnung eines 60-Millionen-Volkes ist die ganze Welt interessiert. (W. F. S.)

London, 16. Aug. „Daily Chronicle“ veröffentlicht eine Unterredung seines Berliner Berichterstatters mit dem deutschen Reichskanzler. Dr. Brüning begann mit der Erklärung: Obwohl keine übertriebenen Hoffnungen auf die Konferenz gesetzt worden seien, habe doch niemand ein solches Ergebnis erwartet. Wenn die Konferenz mit dem Siege des französischen Standpunktes abgebrochen hätte, so hätte sie, wie angenommen werden könne,

das Ende der deutschen Währung bedeutet. Das Ergebnis der Konferenz sei jedoch eine Katastrophe. Deutschland habe keinesfalls die Absicht, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Zum Nachweis dafür habe Deutschland, obgleich unter den ängstlichsten Schwierigkeiten, gestern die Summe von 500 000 Pfund Sterling von dem Betrage der gestern fälligen zwei Millionen bezahlt. Dr. Brüning sagte: Wir sind bereit, zu zahlen im Verhältnis zu unserer Zahlungsfähigkeit. Diese Zahlungsfähigkeit nimmt von Tag zu Tag ab. Der augenblickliche Niedrigruch der Mark bedeutet eine weitere Verminderung unserer Leistungskraft. Diese Tat politischer Gewalt erschüttert die Wirtschaftslage ganz Europas. Ueber die künftige deutsche Politik befragt, erklärte der Reichskanzler:

Während der allerersten Monate können und werden wir unsere Verpflichtungen nur soweit durchführen, wie die Sicherung der Proviantversorgung für die Existenz des Volkes dies zuläßt.

Erst Brot fürs Volk, dann Wiederherstellung! Was wirtschaftlich unmöglich ist, muß von selbst zusammenbrechen.

Nur Frage des Moratoriums erklärte der Reichskanzler: Es hätte, wenn es von praktischem Werte sein sollte, sich auf viele Monate erstrecken müssen. Sechs Monate wären vor kurzer Zeit noch ganz wirksam gewesen. Mit dem Fall der Mark aber wird das Moratorium immer weniger wertvoll. Der Reichskanzler berührte dann die Vorwürfe, die gegen die deutsche Regierung wegen der Kapitalflucht aus Deutschland erhoben würden. Er wies darauf hin, daß die Kapitalflucht eine internationale Frage sei. Der beste Weg, die Flucht des Kapitals aus irgendeinem Lande zu verhindern, sei es, der Waise wert zu machen, das Kapital im Lande zu behalten. Was wir brauchen, erklärte Dr. Brüning zum Schluß, ist Vertrauen. Die augenblickliche Katastrophe der Mark, die ein neues kolossales Steigen der Preise und damit eine Bewegung zu erhöhten Löhnen und Gehältern bedeutet, beruht hauptsächlich auf der Furcht, daß Deutschland Frankreich nach dem Leben trachte. Soll Deutschland nicht leben dürfen, das ist die große Frage. Das Schwert schwebt über unserem Haupte. Gehen wir den Weg Rußlands? Rußland ist zum großen Teile ein Ackerbau treibendes Land. Deutschland ist aber tatsächlich ein Industrieland. Der Zusammenbruch Deutschlands würde beispiellos dastehen. Nichts würde das mit verfallenen werden können. Aber wenn nur der alte Wille da ist, so kann Europa und Deutschland noch gerettet werden.

Das ist kein Frieden, das ist die Fortsetzung des Krieges, und zwar gegen Wehrlose.

Die Ausweigungen bringen eine Unruhe in das deutsche Volk, die nur noch überholt wird durch die allgemeine Aufregung, die der Sturz der Mark heraufbeschworen hat. Eine unheuer nervöse Unruhe hat das ganze Volk erfasst.

Ich richte an alle Kreise des deutschen Volkes die erste Mahnung, dieser Nervosität nicht nachzugeben. Der naheliegende Vergleich mit Oesterreich hilft insofern, als es dort nur ein einziges derartiges gewaltiges Zentrum der Menschenanhäufung, nämlich Wien, gibt, wie wir solche in großer Zahl haben. Und wie schwer war es dort, die staatliche Autorität aufrecht zu erhalten. Eine gleiche Entwicklung würde bei uns ganz andere politische und soziale Auswirkungen haben.

Ich kann mir ein Weiterleben des deutschen Volkes im Rahmen unserer staatlichen Ordnung bei völlig entwerteter Valuta schwer denken.

Das war die große Aufgabe des deutschen Volkes nach der Kriegskatastrophe, daß wir versucht haben, auf Grund einer neuen wahrhaft demokratischen Verfassung ein neues staat-

liches Leben aufzubauen. Indem Deutschland das vollbrachte, hat das demokratische Deutschland Europa einen geschichtlichen Dienst erwiesen, der besonders in den westlichen Demokratien nicht verkannt werden kann. Aber ich frage Sie, welche Anerkennung hat die deutsche Demokratie von außen erfahren? Gewiß, die Erkenntnis, daß das Reparationsproblem ein Weltproblem darstellt, hat besonders in der angelsächsischen Welt und in Italien große Fortschritte gemacht. Allein, wenn aus dieser Erkenntnis keine politischen Folgerungen gezogen werden, acht es, wie es Deutschland im Kriege gegangen ist: Man kommt zu spät und kann die soziale Katastrophe für Europa nicht mehr abwenden. Nicht man denn in Frankreich nicht ein, daß für jeden nüchternen Beurteiler die Tatsache steht, daß Deutschland keine Goldzulagen leisten kann? Noch einmal haben wir zehn Millionen Goldmark aufgebracht. Schon diese gehen uns ab in dem dringenden Bedarf für die Einfuhr von Getreide. Die deutsche Regierung hat die Pflicht, zu sagen, daß das deutsche Volk Brot braucht für das Späthjahr und den schweren Winter. Ich verweise auch auf die

Folgen der Geldentwertung für die Durchführung der Getreidemenge. So zerbricht alles in unseren Händen, was wir politisch, staatlich und sozial geschaffen haben. Ich frage Sie, wie kann das Staatsgefühl Wurzel fassen im Herzen des Volkes, wenn der Staat nicht mehr in der Lage ist, ihm das tägliche Brot zu angemessenen Preisen zu geben? Ganze Klassen des Volkes versinken in Elend und Verzweiflung. Wir stehen vor einer großen Katastrophe der europäischen Kultur, wenn man ihre Lebensquellen versiegen läßt. Frankreich gewinnt aus seiner Politik nichts, denn es macht Deutschland nur reparationsunfähig. Auf die Unmöglichkeit der Goldleistungen muß naturgemäß die Unmöglichkeit der Sachleistungen folgen, die einem zerbrochenen Wirtschaftskörper nicht auf die Dauer entzogen werden können. Ich appelliere nicht an Ihre Sentimentalität, aber es ist etwas Gewaltiges im Staatsleben, inmitten eines Volkes zu stehen und zerrinnen zu sehen, was an politischer Arbeit aufgewandt wurde. Die Aufgabe der nächsten Politik in Deutschland ist die Sicherung der staatlichen Ordnung. In dieser staatlichen Ordnung eines 60-Millionen-Volkes ist die ganze Welt interessiert. (W. F. S.)

Das ist kein Frieden, das ist die Fortsetzung des Krieges, und zwar gegen Wehrlose.

Deutschland und Uebersee.

Von Dr. Johannes Blum.

Navigare necesse est. Das alte Rom hat den Satz geprägt und hat die segensreichen Wirkungen des mannhaft fähigen Gebotes, das es sich selbst auferlegte, in Jahrhunderten ehrenvoller stolzer Entwicklung kennen gelernt. Was damals Weltwirtschaft war, wäre an den heutigen Verkehrs- und Wirtschaftsverhältnissen gemessen, eine unbedeutende Klein- und Teilwirtschaft. Aber darauf kommt es nicht an. Das Entscheidende ist, daß Seehandel und Seeverkehr ein entschlossenes Herausstreiten aus allgewohnten engen Bahnen bedeuten, daß in ihnen die Bereitschaft zu kaufmännischen „Wagen und Winnen“, der Wille zu aufbauender Tat sich offenbart. Nur ein Streben mit großen Mitteln und nach großen Zielen kann uns bewahren vor dem sonst sicheren Untergang.

Deutschland, als später Nachzügler auf den Hochstraßen des Weltverkehrs erschienen, hat auch auf diesem in großem Maßstabe erst vor einem Menschenalter betretenen Tätigkeitsgebiete seine Tüchtigkeit bewährt und Großes geleistet. Seine unbestreitbaren schnellen Erfolge riefen in England, das in Deutschland ungeachtet des weiten Größenabstandes der deutschen Handelsflotte von der englischen, einen gefährlichen Nebenbuhler sah, Neid, Mißtrauen, Argwohn hervor. Frankreich sah Deutschlands Macht, Ansehen und Wohlstand von Jahr zu Jahr wachsen und in immer weitere Ferne den Tag rücken, der die Verwirklichung des Revanchegedankens bringen sollte. Beide begehrten sich in dem Wunsche, das deutsche Volk, das friedlich und heilig seinen Geschäften nachgegangen war, als den Störenfried hinzustellen, der mit Gewalt zur Ruhe gebracht werden müsse.

In dem uns aufzuzwungenen Kampfe sind die wirtschaftlichen Positionen in Uebersee, die Deutschland in einem Menschenalter harter, tätiger Arbeit erworben und erweitert hatte, verloren gegangen. England hat zwar das Ziel seiner Wünsche erreicht: von über 5 Millionen Brutto-Registertonnen hat Deutschland den unakademischen Ausgang des Krieges mehr als neun Zehntel verloren. Dafür ist aber der englischen Seefahrt ein viel härterer Konkurrent in der auf 12 Millionen Brutto-Registertonnen angewachsenen amerikanischen Handelsflotte entstanden. Die deutsche Seefahrt war nicht Ausfluß einer Machtvollkraft, die der englischen den Rang streitig machen wollte; eine natürliche und notwendige Entwicklung weist auf sie hin. An der Stelle, an der das geeinte Deutschland auf dem Erdenrund steht, muß es im Brennpunkte aufeinander stoßender Wirtschaftskräfte entweder zermalmend oder vom Schicksal zu einem arbeitsstüchtigen, willensbewussten Volke geschmettert werden. Als solches hat es in wenigen Jahrzehnten Wirtschaftswerte und Kulturwerte geschaffen, um die sich andere Völker ebenso viele Menschenalter bemüht haben. Es kann diese Werte nicht missen und diese Güter nicht aufgeben, weil es damit sich selbst aufgeben würde. Im Dienste der ihm vom Schicksal gestellten Aufgaben erfordert es einem unerbittlichen Mut, das nach den unermesslichen Verlusten an Land und Renten infolge des Krieges und angesichts der erdrückenden Reparationslasten nur noch dringender und zwingender geworden ist. Das deutsche Volk muß, wenn es überhaupt leben, seiner Vergangenheit würdig und ein großes, geachtetes Volk bleiben will, durch Vieferungen für das Ausland seine Einkünfte zu verbessern suchen, die sonst nicht ausreichen würden, um Nahrungs- und Hilfsmittel zu kaufen, die Hilfsmittel seiner Landwirtschaft und seiner Industrie zu bezahlen, die für den Unterhalt seiner Bevölkerung zur Befriedigung der laufenden Bedürfnisse in Stadt und Land, Haus und Hof nötig sind. Das Auslandsgeschäft und der Ueberseehandel sind Lebensadern der deutschen Wirtschaft, die ohne sie verkümmern müßte.

Hamburg ist der Hauptstich des deutschen Exporthandels. Dieser allein ist imstande, die Wege von und nach Uebersee wieder frei zu machen, die der Krieg verschlossen und gesperrt hat. Was zu diesem Zwecke in der kurzen Zeit seit der Ratifizierung des Friedensvertrages, die abgewartet werden mußte, ehe mit dem Wiederaufbau der Handelsflotte begonnen werden konnte, geleistet worden ist und in der nächsten Zukunft geleistet werden wird, das zu zeigen hat die Uebersee-Woche Hamburg sich zur Aufgabe gemacht, die am 17. August mit einem Empfang der Teilnehmer und Ehrengäste, zu dem Reichspräsident Ebert sein Erscheinen zugesagt hat, im Hamburger Rathaus auf Einladung des Senats eröffnet wird und eine schier unüberschaubare Fülle von Darbietungen verschiedenster Art auf den Gebieten der Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspraxis neben zahlreichen Vorträgen, Ausstellungen und sonstigen Veranstaltungen bringt. Das Ganze sozusagen ein aufgeschlagenes Buch, in dem der Ausländer lesen soll, um Deutschland gerecht zu werden, seine Lage zu verstehen und seine Arbeit zu würdigen. Es geht nicht unmittelbar darum, günstige Märkte für den Absatz von Waren zu schaffen und Geschäfte abzuschließen. Das ist Sache der Messen und ähnlicher Veranstaltungen. Die Uebersee-Woche will beweisen und überzeugen, daß Exporthandel und Seeschifffahrt in erster Linie berufen sind, für die deutsche Republik das Vertrauen des Auslandes zurückzuverlangen und für den Ernst und Wert, für die Zuverlässigkeit und Großartigkeit deutscher Arbeit Zeugnis abzulegen. Ohne Ueberhebung und ohne Demütigung, vielmehr mit dem Selbstbewußtsein, das dem Tüchtigen und Tüchtigen wohl ansteht, wird das geschehen.

Die Uebersee-Woche Hamburg will auch nichts für sich allein. Was sie darstellt und anstrebt, soll dem ganzen Volke zugute kommen. Darum steht im Mittelpunkt der Uebersee-Woche, gewissermaßen das geistige Band bildend, das die mannigfachen Interessengebiete zu-

Dollar (Freiverkehr): 1020